

Patienten in der Endlos-Warteschleife

Auf einen Termin beim Facharzt warten Patienten oft Monate. Nun hat die Streichung einer Regelung die Lage der Fachärzte noch mal verschlechtert. Nicht die erste Entscheidung, mit der die Politik die Wartezeiten wohl verlängert. In vielen Gesprächen bildet sich ein ganzes Konstrukt aus Irrwegen.

Von Johannes Krenner

In der Nacht würde Siegfried Eder manchmal am liebsten losschreien. Denn die Schmerzen in seinen Armen sind unerträglich. Was kurz vor Weihnachten mit einem Taubheitsgefühl im kleinen Finger begann, wandelte sich untertags rasch in ein Gefühl, „als würden Tausend Ameisen in meinen Armen laufen“. Das ist aber noch nichts gegen die nächtlichen Qualen. „Sobald ich mich hinlege, habe ich brutale Schmerzen“, sagt Eder. „Pro Nacht schlafe ich ungefähr zwei Stunden.“ Seit Januar. Solange sucht der 51-Jährige aus Osterhofen (Lkr. Deggendorf) auch schon einen Neurologen, der ihn schnell behandeln kann. Vergeblich. Die Verzweiflung darüber hört man Eder trotz seiner kernigen Stimme am Telefon an.

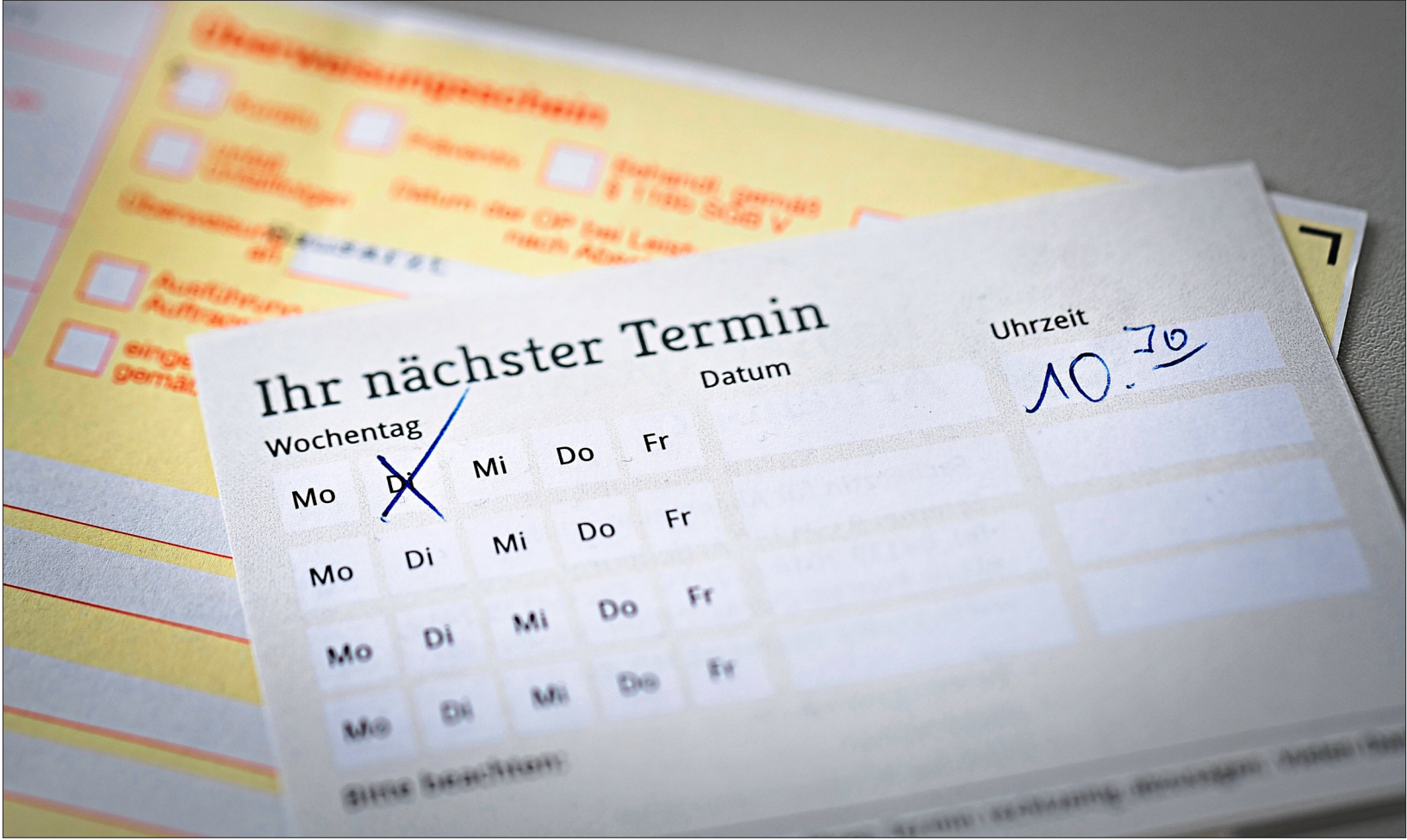
Friedel Küsters kennt solche Fälle nur zu gut. Seit Jahren engagiert er sich für die Anliegen von Patientinnen und Patienten, sitzt im bayerischen Patientenausschuss, hat sogar eine eigene Selbsthilfegruppe. Tagtäglich ist er mit Problemen im deutschen Gesundheitssystem konfrontiert, da entwickelt man mit der Zeit eine gewisse Frustrationstoleranz, erklärt Küsters. Doch die Vereinbarung von Facharztterminen bringt selbst ihn an seine Grenzen. Kürzlich erst wieder.

Patientin muss bis August auf Hautarzttermin warten

Im Januar bat ihn eine ältere Patientin aus Landshut, mit der er seit längerer Zeit in Kontakt steht, für sie einen dringenden Termin bei einem Dermatologen zu vereinbaren. Sie plagt eine akute Venenentzündung, braucht ärztliche Hilfe. Solche Fälle übernimmt Küsters natürlich. Also telefoniert er die Hautärzte in der Umgebung ab. Einen nach dem anderen, bei den meisten kommt er gar nicht durch. Dann hat er vermeintlich Glück, eine Arzthelferin meldet sich. Küsters anfängliche Freude weicht nach deren erster Frage: „Sind Sie Patient bei uns?“ Er muss verneinen. „Dann haben wir keinen Termin vor August für Sie.“ Das konnte selbst der Patientenvertreter nicht glauben. Doch in Deutschland ist das keine Seltenheit.

Monatelange Wartezeiten auf einen Termin beim Facharzt sind mittlerweile sogar die Regel (siehe Kasten). Um die Missstände im System der niedergelassenen Fachärzte offenzulegen, muss man nicht viel tiefer bohren als ein Zahnarzt bei einem kleinen Loch. In Gesprächen mit Ärzten, Patientenvertretern und Politikern bildet sich schnell ein Konstrukt aus jahrelangen politischen Irrwegen. Ein Blick dahinter.

Einen Startpunkt dafür kann keiner so recht ausmachen – viele vermuten ihn schon in den 90er Jahren. Über den jüngsten Irrweg sind sich aber alle Befragten einig: die Abschaffung der Neupatientenregelung. Diese sah vor, dass Leistungen für die Behandlung von Patienten, die erstmals seit mehr als zwei Jahren wieder in der jeweiligen Arztpraxis behandelt werden, in voller



Bis ein Termin beim Facharzt für Neupatienten möglich ist, vergehen häufig viele Monate.

– Foto: Bäuml, imago images

Höhe vergütet werden. Dadurch sollte diese Gruppe schneller einen Termin beim Facharzt bekommen. Und das System funktionierte, drei Jahre lang, zum 1. Januar 2023 hat die Bundesregierung die Regelung gestrichen.

„Mit dieser Rücknahme nahm das Bundesgesundheitsministerium den Ärzten erstmals aktiv Honorar weg“, schreibt Dr. Axel Heise, Pressesprecher der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB), auf Anfrage der Mediengruppe Bayern. Mit Folgen für die Patienten: Denn für Ärzte sind neue Patienten sehr arbeitsintensiv und kostspielig, „in Zeiten hoher Energiepreise und einer stetig wachsenden Inflation wird dies dann zweifellos zu einer Verknappung von Terminen für die Patientinnen und Patienten führen“.

In dieser Hinsicht wirft die KVB Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach zweifachen Wortbruch vor: „Erstens hatte er vor einem Jahr noch versprochen, dass es zu keinerlei Leistungskürzungen für die Patienten kommen werde“, erklärt der Sprecher. „Zweitens haben die Vertragsärzte im Vertrauen auf eine dauerhafte Neupatientenregelung Praxisprozesse so umgestellt, dass mehr Personal und Geräte für die aufwendige Behandlung von Neupatienten zur Verfügung stehen.“

Zu den Vorwürfen äußert sich das Bundesgesundheitsministerium auf Anfrage nicht. Dafür heißt es aus dem Haus von Minister Lauterbach, dass „keine validen Erkenntnisse darüber vorliegen, dass das Ziel, Wartezeiten zu verringern und den Zugang zur ambulanten ärztlichen Versorgung zu verbessern, erreicht worden ist“. Und man wird noch deutlicher: „Die Neupatientenregelung hat die Versorgungssituation für die Patientinnen und Patienten nicht verbessert.“ Die Kassenärztliche Vereinigung hält dagegen, dass das Ministerium „bis heute diese Version hinausposaunt, aber die Belege dafür schuldig bleibt“. Vielmehr habe die KVB selbst eine Untersuchung durchgeführt mit dem Ergebnis, dass die Rücknahme die ambulante Versorgung verschlechtert.

Das bekräftigen auch die einzelnen Facharztverbände. Sieben davon – überwiegend die bayerischen Landesgruppen – hat die Mediengruppe Bayern dazu befragt. Die Antworten: eindringlich.

Stimmen der Verbände: Von „sehr enttäuscht“ bis „Gift“

Von „Gift“ vor allem für die Einzelpraxen spricht Dr. Jakob Nützel, stellvertretender Vorsitzender der bayerischen Kinder- und Jugendpsychiater. Auch der Präsident der Bundespsychotherapeutenkammer Dr. Dietrich Munz sieht durch den Wegfall „die notwendige und politisch gewünschte multiprofessionelle Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen gefährdet“. In der Gynäkologie erhöht man damit laut den bayerischen Bundesverbandsvorsitzenden Dr. Peter Hausser wieder die Hürde für Mädchen und Frauen, sich zu einer ersten Sprechstunde anzumelden. Prof. Sigmund Silber, Vorsitzender des Berufsverbands

für Kardiologen in freier Praxis, zeigt sich „sehr enttäuscht, dass eine endlich mal sinnvolle Regelung wieder abgeschafft wurde“.

„Ganz schlimme Einbußen“ befürchtet Dr. Bernhard Junge-Hülasing, Vertreter für die HNO-Ärzte in Bayern. Dr. Uwe Schwichtenberg vom Berufsverband der Deutschen Dermatologen sieht dahinter den nächsten Schritt, dass „Praxen systematisch kaputtgespart werden“.

Geschlossen fordern die Fachärzte gegenüber der Mediengruppe Bayern eine Rückkehr zu der Regelung. Nicht nur aus finanziellem Eigeninteresse, sondern auch, weil sie der festen Überzeugung seien, dass Neupatienten andernfalls noch länger warten müssten. Die Kassenärztliche Bundesvereinigung warnt sogar vor Aufnahmestopps.

Welche Auswirkungen das haben kann, sieht man bereits jetzt in der Psychotherapie. Hier ist die Situation besonders angespannt, wie aus einer neuen Studie der KVB aus dem Februar hervorgeht. Demnach vergingen bei den 68 898 GKV-Patienten, deren Abrechnungsdaten aus 2021 in die Untersuchung einbezogen wurden, im Median 97 Tage (knapp 14 Wochen) zwischen dem ersten Sprechstundenkontakt mit dem Therapeuten und der ersten tatsächlichen Psychotherapiesitzung. Im extremsten Fall dauerte es 730 Tage bis zur Therapie. Dabei ist die Zeit, bis Patienten nach dem ersten Anruf überhaupt die erste Sprechstunde bekommen, noch nicht eingerechnet.

Die Studie stellt auch starke regionale Unterschiede fest. Neben

dem Ballungsraum München schneiden auch die Landkreise rund um Ingolstadt, der Süden sowie der Osten Bayerns – mit Ausnahme von Deggendorf und Straubing-Bogen – vergleichsweise gut ab mit einer Spanne zwischen 85 und 114 Tagen. Akut wird es in den nördlichen Landkreisen. Tirschenreuth und Neustadt an der Waldnaab liegen beispielsweise zwischen 130 und 169 Tagen.

Zu den anderen Facharztbereichen gibt es keine ähnlich belastbaren Studien zu den Wartezeiten. Jedoch ist es ein offenes Geheimnis, dass zwischen den Fachrichtungen teils große Unterschiede liegen. Dahinter verbirgt sich der nächste große Irrweg, den die Verbände der Politik ankreiden: die Budgetierung.

„Die Ökonomie hat immer Vorrang“

Vor 30 Jahren hatte unter anderem der damalige Gesundheitsminister Horst Seehofer das Gesundheitsstrukturgesetz auf den Weg gebracht. Darin ist festgelegt, dass Fachärzten zur Behandlung der GKV-Patienten nur ein bestimmter Betrag zur Verfügung steht. Rund 20 Prozent der ärztlichen Leistungen werden dadurch aber aktuell nicht bezahlt, weil das Budget ausgeschöpft ist. Manche Leistungen sind wiederum davon ausgenommen. Fachgruppen, deren Leistungen größtenteils voll vergütet werden, sind somit beliebter als andere. Das fördert den Ärztemangel, benachteiligt einzelne Fachgruppen und führt

UMFRAGE: So lange müssen Patienten auf Termin bei den unterschiedlichen Fachärzten warten

Die Mediengruppe Bayern hat sieben Facharztverbände – überwiegend die bayerischen Landesgruppen – befragt, wie lange Patienten im Schnitt auf einen Termin in der Praxis warten. Eine Rangliste von länger zu kürzer.

Kinder- und Jugendpsychiater: Durch die Corona-Pandemie werden Kinder- und Jugendpsychiater vermehrt angefragt. Mittlerweile, so erklärt Dr. Jakob Nützel, stellvertretender Landesgruppenvorsitzender, ist eine Wartezeit von sechs bis acht Monaten auf einen regulären Termin deshalb die Regel.

Psychotherapeuten: Ähnlich stellt sich die Situation bei Psychotherapeuten dar. Eine Studie der Kassenärztlichen Vereinigung ergab, dass Patienten im Median fast 14 Wochen vom Erst-



Beim Kinderpsychiater sind Wartezeiten äußerst lang. – Foto: imago

gespräch bis zum Therapiebeginn warten, in Extremfällen sogar über 700 Tage.

Kardiologen: Eine pauschale Aussage zu den Wartezeiten kann Prof. Dr. Sigmund Silber, Vorsitzender des Berufsverbands der Fachärzte für Kardiologie in freier Praxis in Bayern, nicht treffen. Zu groß sind die Unterschiede zwischen den einzelnen kardiologischen Kassenpraxen in Bayern. Teilweise müssen Pa-

tienten aber bis zu vier Monate auf einen Termin warten, sagt er.

Dermatologen: Dringliche Behandlungen, sofern sie vom Hausarzt als solche gekennzeichnet sind, sind innerhalb von 24 Stunden zu bekommen, erklärt Dr. Uwe Schwichtenberg, Mitglied im Bundesvorstand der Dermatologen. Doch: „Für Routineuntersuchungen, die früher jederzeit innerhalb von vier Wochen möglich waren, müssen Patienten heute teils Monate im Voraus anrufen.“

HNO-Ärzte: Seit Jahren verlängern sich die Wartezeiten auf einen Termin für planbare Behandlungen beim HNO-Arzt, erklärt Landesvorsitzender Dr. Bernhard Junge-Hülasing. „Früher ging das sehr zeitnah, jetzt dauert es teilweise Monate.“ Da

die Ärzte zudem immer mehr Notfälle behandeln müssen, warten Patienten auch in der Praxis oft sehr lange.

Radiologen: Je nach Wohnort und Behandlung sind die Wartezeiten unterschiedlich, sagt Markus Henkel, Geschäftsführer des Berufsverbands der Deutschen Radiologen. Auf die klassische Magnetresonanztomographie (MRT) warten Patienten mittlerweile aber bis zu drei Monate.

Gynäkologen: Dem bayerischen Berufsverband der Frauenärzte liegen laut Vorsitzenden Dr. Peter Hausser keine Informationen zu Wartezeiten vor. Unter den Fachärzten zählen Gynäkologen aber nach Zahlen des Online-Portals Statista zu den Fachgruppen mit den meisten Ärzten, weshalb Wartezeiten in der Regel kürzer ausfallen. – jkr

zwangsläufig zu einer Bevorzugung von privat Versicherten. Und schlussendlich verlängert es wieder die Wartezeiten für die Patienten auf einen Facharzttermin.

Die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns fordert deshalb gegenüber der Mediengruppe Bayern klar: „Die Budgets müssen weg.“ Auch die einzelnen Verbände verlangen mindestens eine Anpassung der Budgets. Kritiker kontern diese Forderung damit, dass dadurch die Beiträge für die Krankenkassen steigen könnten. Ein Argument, das aus Sicht des bayerischen Patientenbeauftragten Prof. Dr. Peter Bauer Sinnbild für das gesamte deutsche Gesundheitswesens ist: „Die Ökonomie hat gegenüber der medizinischen Notwendigkeit immer Vorrang.“

Bundesministerium prüft Reduzierungsmöglichkeiten

Das kritisiert der langjährige Zahnarzt und aktuelle Landtagsabgeordnete (Freie Wähler) schon seit Jahren. „Seit den 2000er Jahren hat man sich vor den zunehmenden Problemen weggeduckt“, sagt Bauer. „Mittlerweile ist das System krank.“ Neben der Budgetierung und dem Wegfall der Neupatientenregelung sieht er – ähnlich wie auch einige Facharztverbände – den Kern der Problematik beim jahrelangen Abbau von Medizinstudienplätzen. Auch in Bayern. Seit 2019 baut der Freistaat deshalb kontinuierlich wieder Plätze auf, erklärt der Patientenbeauftragte. In nächster Zeit plant die Staatsregierung, 2700 zusätzliche Plätze zu schaffen. Andere Stellschrauben, um die Situation der Fachärzte wesentlich zu verbessern, liegen laut Bauer allerdings überwiegend beim Bund.

Das Gesundheitsministerium schreibt dazu auf Anfrage der Mediengruppe Bayern, dass eine deutliche Reduzierung der Wartezeiten, insbesondere in ländlichen Gebieten und für Kinder- und Jugendliche, im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. „Derzeit prüft das Bundesministerium für Gesundheit umfassend und in Abstimmung mit den maßgeblichen Akteuren Möglichkeiten der Umsetzung dieses Ziels“, heißt es. Details könne man hierzu aber „leider noch nicht mitteilen“.

Friedel Küsters würde sich aber genau das mal wünschen: Details. „Die ganzen politischen Debatten werden auf dem Rücken der Kranken ausgetragen“, sagt er. „So wird leichtsinnig mit dem Wohl der Patienten umgegangen.“ Das empfindet auch Siegfried Eder so. „Mir sind haufenweise Schmerztabletten verschrieben worden. Mein Körper kann nicht mehr.“ Seit Januar ist der Maler schon krankgeschrieben, an Arbeit kann er gar nicht denken. Stattdessen graut es ihn jeden Tag vor der Nacht. „Ich habe aber das Gefühl, das interessiert keinen.“ Nachdem er bei den niedergelassenen Neurologen als gesetzlich Versicherter vor September überhaupt keinen Termin bekommen hatte, in der Notaufnahme Vilshofen abgewiesen worden war, wandte er sich ans Klinikum Passau: Am 9. Mai hat er dort einen Termin. Über fünf Monate nach seinen ersten akuten Beschwerden. „Eine Frechheit“, findet Siegfried Eder.

SERVICESTELLE

Damit Patientinnen und Patienten schneller an einen Termin bei einem Facharzt oder für eine Psychotherapie bekommen, gibt es seit 2016 in allen Bundesländern Terminservicestellen. Diese werben, dass sie innerhalb eines Monats Termine vermitteln können. Gesetzlich Versicherte benötigen dafür lediglich eine vom Hausarzt als dringlich gekennzeichnete Überweisung zum Facharzt. Erreichbar sind Servicestellen unter der bundeseinheitlichen Nummer ☎ 116117. Alternative: www.eterminservice.de.